

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15



Inhalt

Als "Dokument des umweltpolitischen Rückschritts" bezeichnet der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller MdB, das "Umweltgutachten 1994".

Seite 1

Endzeitstimmung im Hause Rönsch registriert Michael Habermann MdB, nach den jüngsten Vorschlägen der Familienministerin für eine "Kinderlosensteuer".

Seite 2

49. Jahrgang / 36

22. Februar 1994

Dokument des Rückschritts

Die Umweltpolitik der Kohl-Regierung war eine Luftnummer

Von Michael Müller MdB

Umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das "Umweltgutachten 1994 - für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung" ist ein Dokument über den umweltpolitischen Rückschritt der letzten Jahre. Der Sachverständigenrat, dem auf Vorschlag von Klaus Töpfer durchweg nicht einmal die exponiertesten Vertreter der Umweltwissenschaft angehören, weist an zahlreichen Stellen darauf hin, daß unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise erreichte Erfolge in der Umweltpolitik wieder abgebaut werden. Er kritisiert den "Rückfall in alte Denkpositionen". Statt den Umweltschutz zu einem selbstverständlichen Bestandteil des ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandels weiter zu entwickeln, geht, so das Gutachten, die Bundesregierung auf die kurzsichtige These "Umwelt schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland" ein.

Besonders gravierende Versäumnisse sieht das Gremium beim Natur- und Landschaftsschutz sowie beim Boden- und Gewässerschutz. Es weist zu Recht darauf hin, daß aus den großen Ankündigungen, die die Bundesregierung in diesem Bereich gemacht hat, nichts geworden ist. Im Gegenteil: In wichtigen Bereichen hat sich durch das sogenannte Beschleunigungsgesetz, das mit Unterstützung von Umweltminister Töpfer 1993 in Kraft getreten ist, die Situation sogar verschlechtert. Der Sachverständigenrat kritisiert insbesondere die Beschneidung der Öffentlichkeitsbeteiligung, die Rücknahme von Abwägungsverfahren sowie die fragwürdige Erweiterung von Ausnahmeregelungen.

Ein Großteil des Gutachtens nimmt die Luftreinhalte- und die Verkehrspolitik ein. So weist es darauf hin, daß bei der Behandlung des Waldsterbens keine Fortschritte zu erkennen sind. Auch die Ozonkonzentration nimmt gesundheitsgefährdende Ausmaße an. Die heutigen Regelungen sind unzureichend und nicht überzeugend, aber sie werden nicht reformiert.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Keminer Uring
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Paper



Der Sachverständigenrat kritisiert auch zahlreiche Einzelgesetze, so das zur Umweltverträglichkeitsprüfung, das Umwelthaftungsrecht oder auch die Zersplitterung des Stoffrechts. Fazit: "Die Umweltpolitik der beiden vergangenen Legislaturperioden konnte dem Anspruch eines sektorübergreifenden und in sich abgestimmten Umweltschutzkonzepts noch nicht gerecht werden".

Das Gutachten des Sachverständigenrates belegt in aller Deutlichkeit, daß der Anspruch der "umweltpolitischen Vorreiterrolle", die von der Bundesregierung immer wieder behauptet wird, in Wahrheit eine Luftnummer ist. Die Umweltpolitik stagniert, Herr Töpfer hat kaum Einfluß. Mit anderen Worten: Das Gutachten des Sachverständigenrates belegt, daß die Bundesregierung die Umweltpolitik schon längst abgeschrieben hat. Damit werden wichtige Zukunftschancen verspielt.

(/22. Februar 1994/hgs/ks)

Endzeitstimmung im Rönsch-Ministerium
Letztes Aufgebot für eine Familienpolitik mit Verfallsdatum

Von Michael Habermann MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Familie und Senioren sowie im Finanzausschuß

Die politische Ideenvielfalt und den familienpolitischen Verbalismus der Union kommentiert der SPD-Abgeordnete, Michael Habermann, Mitglied im Ausschuß für Familie und Senioren sowie im Finanzausschuß:

Die veröffentlichte Resonanz auf den letzten Vorstoß der Bundesfamilienministerin, Kinderlose an den Kosten von Kindern zu beteiligen, ist nicht überraschend. Einmal hat diese Bundesregierung selbst allzu lange Familien aufs Abstellgleis ihrer Politik gestellt, sie mit Leistungskürzungen eingedeckt, nachdem sie die Familien über Monate hinweg mit der Mißbrauchsdiskussion konfrontiert hatte. Zum anderen kommt die seit kurzem einsetzende "Wochenendöffentlichkeitsarbeit" des Familienministeriums zu spät, um ein Problembewußtsein für die Lage der Familien mit Kindern in unserer Gesellschaft zu wecken.

Das Meinungstief, in das die Bundesregierung und die Familienministerin mit ihrer Politik in den vergangenen Jahren geraten sind, läßt sich nicht mit kurzatmigem Aktionismus und Verbalismus auffüllen. Zu oft klappte zwischen Reden und Handeln eine kaum zu überbietende Widersprüchlichkeit. Jetzt gerät durch diese Entwicklung auch der durchaus beachtenswerte Vorschlag der Beteiligung von Kinderlosen an der Finanzierung des Kinderlastenausgleiches in Mißkredit. Die Glaubwürdigkeit von Rönsch ist hin! Das von der Familienministerin bis heute geschaffene Meinungsbild zur Lebenslage von Familien ist doch dadurch gekennzeichnet, daß

- die Lastenausgleichsleistungen für Familien ausreichend und verfassungsgemäß sind;
- die Familien von einer Politik profitieren, die noch nie soviel an Leistungen für sie bereit gehalten hat wie gegenwärtig;

- Armut für Familien nicht existiert, und die Armutsberichte allesamt falsche Datengrundlagen besitzen;
- Familien zuviel Sozialhilfe erhalten, die deshalb gekürzt werden konnte;
- auch der monatliche Ausfall von 65 DM Kindergeldzuschlag ohne weiteres von Familien am unteren Ende der Einkommensskala verkraftet werden kann, weil eine Änderung des dualen Systems viel zu kompliziert ist.

Wenn nach der Interessenvertretung von Familien in dieser Bundesregierung durch die Familienministerin gefragt wurde, hat sich der Eindruck des mangelnden Engagements und der fehlenden Glaubwürdigkeit dieses Ministeriums in der Öffentlichkeit festgesetzt. Inkompetenz bekam Frau Rönsch attestiert! Fachpolitische Patzer, ungeschicktes Agieren und der fatale Eindruck, daß sie nicht weiß, von was sie redet, war der Familienpolitik in diesen Jahren mehr als abträglich.

Die Schwäche und Inkompetenz der Familienpolitik der Bundesregierung war und ist die Chance der Sozialdemokratie, diesen Politikbereich mit den besseren Kompetenzen zu besetzen. Viel schneller als die Bundesregierung war die SPD bereit, die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zur Familienpolitik umzusetzen. Statt, wie die Kohl-Regierung sich in den Fallstricken der selbst zu verantwortenden desolaten Haushaltspolitik zu verfangen und jegliches Denken an der Garderobe des Finanzministers abzugeben, konnten wir Sozialdemokraten zweigleisig Familienpolitik zu unserem Thema machen:

- Sozial verträgliche Steuergerechtigkeit schaffen durch unser Modell des einheitlichen Kindergeldes von 250 DM für jedes Kind;
- Perspektiven eröffnen durch die solidarisch finanzierte Kinderlastenausgleichskasse als Diskussionsmodell für die mittelfristige Politikplanung und Politikgestaltung.

Für die Öffentlichkeit und insbesondere für die Familien war klar: In Sachen Gerechtigkeit und fairem Lastenausgleich ist die SPD allemal weiter als die Union und die Bundesregierung.

Der Vorteil von uns war und ist, daß wir die gesellschaftliche Realität und die Lebensbedingungen von Kindern und ihren Eltern zur Grundlage unserer Lösungsansätze machen. Wir müssen nicht die immensen Verwaltungsaufwendungen und Bürokratismen des "dualen Systems" herunterspielen oder rechtfertigen. Wir können ohne Scheu und deshalb angemessen die Begrifflichkeit "Armut" verwenden. Und wir müssen nicht durch Sonntagsreden zudecken, was jede Familie in ihrem Alltag als Benachteiligung erfährt. Wir konnten die Schwachstellen und Patzer des ideologisierenden dualen Lastenausgleichsystems aufdecken, und wir haben die Kompetenz, neue und bessere Antworten für die anstehenden Fragen der Familienpolitik geben zu können. Unsere sachliche Arbeit mit dem Ziel soziale Gerechtigkeit zählt sich aus. Wir haben einen deutlichen Kompetenzvorsprung.

All dies führte zu einer Renaissance der sozialdemokratischen Familienpolitik, die nicht nur durch das "Manifest für Deutschland" von Helmut Schmidt, Wolfgang Thierse u. a. eine deutliche Steigerung der politischen Wertschätzung erfuhr. Umfragen signalisieren seit langem den Wechsel in der Einschätzung der Kompetenz im Bereich der Familienpolitik: Die Union verliert zunehmend, und wir profitieren davon!

Dies ist auch der politischen Führung des Bundesfamilienministeriums nicht unbekannt geblieben. In einer Klausurtagung Ende Januar diesen Jahres wurde eine kritische Bestands

aufnahme vorgenommen. Noch nie - so die Informationen von dieser Klausurtagung - wurde so deutlich "Klartext" gesprochen.

Das ramponierte Image der Familienministerin und die Frage der Konzeption für die nächsten Monate sollten erörtert werden, und Konsequenzen mußten folgen.

Seit dem Skandal um den Kindergeldzuschlag, der die Familienministerin auf ihren politischen Tiefpunkt fallen ließ, spielt man im Familienministerium 'alles oder nichts'. Nicht nur, daß die SPD schon lange das familienpolitische Handeln im Deutschen Bundestag an sich gezogen hat, auch die eigenen Reihen der Union und der Koalition lassen die Familienministerin in zunehmendem Maße im Stich. Die fachpolitische Entmachtung der Bundesfamilienministerin setzt sich mit erhöhter Beschleunigung fort. Während der Bundesparteitag der CDU über das Familiensplitting entscheiden soll, die Sozialausschüsse lieber das Ehegattensplitting kappen wollen, um dann ein Bürgergeld a la FDP einzuführen, zieht die Unionsfraktion im Bundestag die Erhöhung des Kinderfreibetrages vor. Waigel und Rönsch lehnen das Familiensplitting ab. Rönsch will derweil mehr fürs Kindergeld ausgeben, was aber wiederum Waigel nicht mitmacht. Die Unionsfinanzer halten das Familiensplitting für nicht finanzierbar, aber trotzdem soll der CDU-Parteitag das, was 1982 und 1985 schon einmal von Kohl versprochen, aber nie realisiert wurde, noch einmal beschließen.

In diesem familienpolitischen Allerlei wundert es nicht, daß sich die Bundesfamilienministerin mit einem Paukenschlag zurückzumelden versuchte. Mit dem in Regierung, Koalition und Fraktion unabgestimmten Vorschlag, eine Kinderlosensteuer einzuführen, hat sie sich und - was viel schlimmer ist - den Familien einen Bärendienst erwiesen.

Während die Familien in Deutschland von 'ihrer Familienministerin' zunächst einmal deren Einsatz erwarten, daß sie zumindest gerecht behandelt werden, gibt die Familienministerin mit einem unüberlegten und unausgegrenzten Vorschlag den Egoisten in diesem Land Gelegenheit, auf den Egotrip zu gehen. Wenn man einen Lastenausgleich zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen nicht will, dann muß man einen solchen Vorschlag machen!

Wie will eine Familienministerin die Notwendigkeit einer zukünftigen Solidarität vermitteln, wenn sie bisher alle Kraft darauf verwendet hat, Familien als Profiteure der Politik der Bundesregierung darzustellen? Und wie soll diese Solidarität in einem System organisiert werden, das an Unübersichtlichkeit und Bürokratismus nicht mehr zu überbieten ist? Zurecht müssen alle Beteiligten befürchten, daß die "Zukunftssteuer" letztendlich nur zur Deckung der immer größer werdenden Haushaltslöcher verwendet wird.

Nein, dieser Vorschlag, wenn er im Grunde auch in die richtige Richtung deutete, hilft weder den Familien noch der Familienministerin. Er bestätigt nur die Inkompetenz dieser Ministerin und die Not, in die sie sich selbst durch die Politik der letzten Jahre gebracht hat und in die sie nicht zuletzt durch eine sachlich kompetente Familienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion jetzt geraten ist. Endzeitstimmung im Hause Rönsch. Familienpolitik mit Verfallsdatum. Deutschlands Familien warten auf den Herbst - auf einen familienpolitischen Neuanfang!

(-/22. Februar 1994/hgs/ks)
